

# Liechtensteiner Volksblatt

**Bezugspreise:** Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rbtl.) Tel. Nr. (071) 731 60. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 221 43 Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988

Organ für amtliche Kundmachungen

**Anzeigenpreise:** die 1spalt. mm-Zeile Anzeigen Reklame  
Inland 8 Rp. 21 Rp.  
Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.  
Uebrig Schweiz 11 Rp. 25 Rp.  
Ausland 13 Rp. 29 Rp.



**Anzeigenannahme für das Inland:**  
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43  
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:  
Schweizer Annoncen A.-G.  
St. Gallen, Tel. 22 26 26, und übrige Zweiggeschäfte

## Die grosse Lücke

Wer Einsicht in unser Sozialversicherungs-wesen hat und die einschlägigen Gesetze kennt, der muß feststellen, daß die Krankenversicherung im Vergleich zur Kollektivunfallversicherung leistungsmäßig weit in den Rückstand gekommen ist. Darin liegt auch der Grund, warum immer wieder der Ruf zum weiteren Ausbau der Krankenversicherung ertönt und daß auch in der Presse auf diese große Lücke hingewiesen wird. Es ist nicht das erste Mal, daß auch unser Blatt an erster Stelle zu diesem Problem Stellung bezieht und sich für die Schließung dieser Lücke einsetzt. Sicher haben unsere Leser auch die letzten Einsendungen in der «Tribüne der freien Meinung» verfolgt, die sich mit dem Krankenversicherungsproblem befaßten und bestehende Mängel aufzeigten. Die Frage ist nach wie vor aktuell und wird solange aktuell bleiben, bis das Problem der Krankenversicherung eine Lösung findet, die den heutigen Anforderungen genügen wird.

Die Krankenversicherung nimmt sozialpolitisch in unserem Lande einen außerordentlich wichtigen Platz ein, wenn wir in Betracht ziehen, daß die in Liechtenstein tätigen Krankenkassen eine Gesamtmitgliederzahl von bald 10 000 Versicherten aufweisen. Verglichen mit der Kollektivunfallversicherung hinkt die Krankenversicherung mit ihren Leistungen aber außerordentlich stark nach, denn während die Unfallversicherung die Heilungskosten beispielsweise voll deckt, leisten die Krankenkassen nur einen Bruchteil der auflaufenden Heilungskosten im Krankheitsfall. Sofern ein Versicherter nur einen Arzt beiziehen muß und häusliche Pflege möglich ist, reichen die Leistungen der Krankenkassen aus. Schwierig wird die Lage für den Versicherten aber dann, wenn er sich in spitalärztliche Pflege begeben muß und Operationen notwendig werden. In solchen Fällen vergüten die Krankenkassen (mit Ausnahme der Betriebskrankenkassen der Liechtensteinischen Kraftwerke und der Firma Jenny-Spörry, die sehr gut ausgebaut wurden) entweder nur 85% der Operationskosten oder eine Tagespauschale von 5.- bis 6.- Fr. für die Pflegekosten. Diese Leistungsansätze entsprechen heute in keiner Weise und stellen viele Versicherte vor schwere finanzielle Probleme. Fälle, bei denen der Versicherte mehr als die Hälfte der auflaufenden Spitalkosten selbst tragen muß sind an der Tagesordnung und es kommt sogar vor, daß die Versicherten bis zu 2/3 der Spitalkosten selbst übernehmen müssen.

In allen diesen Krankheitsfällen reicht das versicherte Taggeld kaum aus, um die Heilungskosten voll abzudecken. Dabei müssen wir uns aber vor Augen halten, daß das versicherte Taggeld für den Lebensunterhalt des Versicherten und seiner Familie bestimmt wäre und daß viele auf diese Weise im Krankheitsfall praktisch gar kein Einkommen haben.

Daß ein solcher Zustand auf die Dauer nicht mehr tragbar ist, das wird jeder zugeben müssen. Einen wirklichen Versicherungsschutz hat nur der Tbc-Kranke, nachdem der Staat zur Bekämpfung dieser Krankheit schon vor Jahren eine außerordentliche Regelung verfügt hat. Für alle anderen Fälle, die einen Kur- oder Pflegeaufenthalt bedingen, treten die vorgenannten Mängel immer wieder zu Tage. Für alle Personen und Versicherten, die Unterstützungspflichten zu erfüllen haben, d. h. für eine Familie oder für Angehörige selbst dann sorgen müssen, wenn sie durch Krankheit ohne Erwerb sind, bedeutet der heutige Zustand eine schwere Sorge. Es wäre also in erster Linie notwendig, die Familienväter so zu versichern, daß im Krankheitsfall die versicherten Taggeldleistungen für den Lebensunterhalt der Angehörigen reserviert bleiben. Das bedingt aber einen Ausbau der sog. Krankenpflegeversicherung.

Nachdem die Krankenversicherungsinstitute diesen Ausbau bis jetzt nur in ungenügender Weise anstreben, wird über kurz oder lang eine

staatliche Intervention notwendig werden. Bei Einführung der Unfallversicherung vor bald 30 Jahren sorgte der Staat durch ein entsprechendes Gesetz von allem Anfang an dafür, daß die Versicherungsleistungen den sozialen Erfordernissen genügen. Die Bedeutung der Krankenversicherung darf man heute der gesetzlichen Unfallversicherung gleichstellen, ja man darf mit Berechtigung behaupten, daß der Krankenversicherung mit ihrem Stand von bald 10 000 Versicherten mehr Bedeutung zukommt, als der gesetzlichen Unfallversicherung. Nicht selten wird bereits heute schon die Ansicht vertreten, daß man die Krankenversicherung verstaatlichen soll, um auf diese Weise einen entsprechenden Ausbau zu erreichen. Die verschiedenen Krankenkassen trachten hingegen danach, ihre Eigenständigkeit zu bewahren, was durchaus verständlich ist. Immerhin sollte für sie diese nicht selten geäußerte Meinung aus dem Volke das Signal dafür sein, den Ausbau der Krankenversicherung selbst in die Hände zu nehmen. Besonders nachdem feststeht, daß der Verstaatlichungsgedanke für die Krankenversicherung bei uns nur deshalb diskutiert wird, weil man mit den bestehenden Versicherungsinstituten da und dort unzufrieden ist.

Somit sollten diese Institute nun nicht mehr länger zögern, ihre Interessen dadurch zu wahren, daß sie diese Lücken in der Krankenversicherung selbst zu schließen gewillt sind. Die bei uns tätigen Krankenkassen weisen allerdings darauf hin, daß ihre finanzielle Lage durch die Verteuerung von Arzt-, Arznei- und Pflegekosten ohnehin schon angespannt sei und daß sie nur durch die eingetretene Beitragserhöhung

## Aufklärungsversammlung des Liechtensteiner Arbeiterverbandes in Vaduz

Der Liechtensteiner Arbeiterverband hatte auf den 8. Dezember die Kolleginnen und Kollegen zu einer Aufklärungsversammlung nach Vaduz in den Adlersaal eingeladen. Um 2.15 Uhr eröffnete der Präsident, Johann Beck, die von ca. 300 Arbeiterinnen und Arbeitern besetzte Versammlung. Besonderen Gruß entbot der Präsident den beiden Kollegen aus der Schweiz, Herrn Zentralsekretär Dr. Anton Heil und Herrn Kantonsrat und Sekretär Emil Scherrer. Der Präsident gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Kollegen so zahlreich erschienen seien und den letzten Platz im Adlersaal besetzten.

In der Folge erteilte er das Wort an den Referenten, Dr. Anton Heil. Dr. Heil sprach in außerordentlich interessanten Ausführungen über die großen Aufgaben, vor welchen die Arbeiterschaft steht. Er führte aus, daß zum gesunden Menschenverstand und einer nicht geringeren Dosis Mut heute ein nicht minder großes Stück wirtschaftliches und gesellschaftliches Fachwissen kommen müsse. Die Orientierung habe am christlichen Menschenbild zu geschehen, die den grundsätzlichen Unterschied zu den marxistischen Arbeiterorganisationen darstelle. Gleichzeitig sei der christliche Geist aber auch Kraftquelle für die Arbeit. Eine erfreuliche Feststellung bestehe darin, daß die materielle Ausgestaltung des Arbeitnehmers immer mehr jener des Angestellten angeglichen werden. Differenzierungen bauten auf Leistung, Einsatz, beruflichem Können und Verantwortung. Die Arbeiterschaft sei bereit, das ihrige zur Förderung der Wirtschaft und zur Hebung der Produktivität beizutragen.

Bevor der Präsident sein Referat hielt, verdankte er Dr. Heil seine interessanten Ausführungen und kam noch einmal auf einzelne Punkte derselben zu sprechen. Präsident Johann Beck griff aus den vielen Problemen und Aufgaben 3 Punkte heraus: Sozialverbesserung, Fremdarbeiterproblem und Organisationsfrage. Er betonte, daß vieles erreicht wurde und gerade durch das Erreichte die Notwendigkeit ei-

gen überhaupt in der Lage gewesen seien, ihre Verpflichtungen auf der jetzigen Basis zu erfüllen. Dieses Argument kann nicht übersehen werden, doch darf es niemals der bleibende Hemmschuh für einen erweiterten Ausbau der Krankenversicherung sein. Alle ausländischen Krankenkassen stehen vor denselben Problemen und prüfen Sanierungsmöglichkeiten. So prüfte man vor einiger Zeit in Westdeutschland einen Sanierungsvorschlag, der darauf abzielt, den versicherten Mitgliedern die bisherigen Leistungen für sogen. Bagatellfälle zu entziehen. Eine Statistik soll ergeben haben, daß die vielen sog. Bagatellfälle eine schwere finanz. Belastung für die Kassen darstellen, während sie für das einzelne Mitglied kaum ins Gewicht fallen würden, falls diese Kosten künftig selbst getragen würden. Die sozialpolitische Ueberlegung, daß ein Versicherter einen Bagatellfall bis zu 15 D.M. selbst tragen soll, ist sicher nicht abwegig, wenn man damit erreichen kann, daß man dank dieser Einsparungen für die schweren Fälle bedeutend mehr leisten könnte, ohne daß das Tarifgebäude ins Wanken käme und für diese erhöhten Leistungen auch erhöhte Beiträge kassiert werden müßten.

Die bei uns tätigen Krankenkassen wären gut beraten, wenn sie die Entwicklung im Ausland verfolgen würden. Auch die als Sektionen Schweizerischer Krankenversicherungsinstitute bestehenden Kassen sollten künftig in ihren Entscheidungen etwas selbständiger sein.

Wenn der gegenwärtig unbefriedigende Zustand weiter andauert, so laufen die Krankenversicherungskassen Gefahr, daß eines schönen Tages die Mitglieder zur Selbsthilfe schreiben und die Einführung einer einzigen, landeseigenen Krankenkasse befürwortet werden.

ner Arbeiterorganisation bestätigt werde. Die Arbeiterorganisation bilde als pflichtbewußte Organisation die nötigen Voraussetzungen. — Zum Fremdarbeiterproblem führte der Präsident aus, daß unsere Industrie heute nicht ohne Fremdarbeiter ihre volle Kapazität ausnützen könne. Es stehe fest, daß eine Krise in Liechtenstein dann bestehen würde, wenn man auf die Fremdarbeiter verzichten könne. Abschließend forderte der Präsident alle Arbeiterinnen und Arbeiter zu aktiver Mitarbeit auf.

In der Folge erteilte der Präsident das Wort an Arbeitersekretär Josef Sele. Der Arbeitersekretär sprach über die Aufgabe der Arbeiterorganisation. Er hielt einen Rückblick auf das bisher Geleistete, betonte aber, daß die Arbeiterorganisation mit der Lösung der Sozialprobleme noch lange nicht am Ende sei.

Als vierter Redner bestieg Kantonsrat Sekretär Scherrer das Podium und machte sehr interessante Ergänzungen zu den Ausführungen seiner Vorredner.

Die Versammlung verdankte die Referate mit

## Fürstentum Liechtenstein

Vaduz. Der Vortrag von F. Studienrat Prof. Dr. Eugen Nipp

Am vergangenen Mittwochabend hielt Fürstl. Studienrat Prof. Dr. Eugen Nipp über Einladung der Altherrenschaft der «Rheinmark» den angekündigten Vortrag über das Thema: «Sprache — Spruch — Brauch, ein gefährdetes Erbe?», der von der Zuhörerschaft mit besonderem Interesse verfolgt wurde.

Nach einem Begrüßungswort von Reallehrer Hilmar Ospelt ging der Referent als berufener Kenner auf das Thema ein und bewies anhand praktischer Beispiele, wie Sprache, Spruch und Brauch als Erbgut unserer Ahnen gefährdet sind und welche Bedeutung diesem Kulturgut unseres Volkes zukommt. F. Studienrat Prof. Dr. Eugen Nipp sprach nicht nur als großer Kenner dieses Kulturgutes, sondern als heimatver-

**Tribüne DER FREIEN MEINUNG**

Heute hört man so verschiedentlich von sogenannter Schwarzarbeit. Unter und nach dem letzten Krieg gab es einen Schwarzhandel, der vom Staate bekämpft wurde, und zwar mit Recht.

Durch diese Schwarzarbeit kommen die konzessionierten Gewerbetreibenden und Händler oft sehr zu Schaden. Der Arbeitnehmer, der in Schichten arbeitet, hat den halben Tag frei und sucht sich für diese Freizeit eine Beschäftigung, sei es durch Verkauf von irgend einem Artikel oder durch Herstellen oder Anfertigen von Gegenständen, die normalerweise in den Bereich des Gewerbetreibenden fallen.

Die geflügelten Worte heißen heute Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, 5-Tagewoche usw. Dann sind es aber z. T. die gleichen Leute, die die erwähnte Schwarzarbeit ausführen und dadurch den Handwerker und Kleingewerbetreibenden Konkurrenz machen. Vom Gewerbetreibenden werden soziale Abgaben verlangt wie Krankenkasse, Unfall, AHV, Familienbeihilfe usw., was bei der Schwarzarbeit umgangen wird. Es ist unkorrekt, verkürzte Arbeitszeit zu fordern, auf der andern Seite dann die Freizeit dazu zu benutzen, das Gewerbe und den Handel zu konkurrenzieren und mit niedrigeren Preisen zu unterbieten. Was dadurch möglich ist, weil man die sozialen Lasten, die der Arbeitgeber mit ca. 20% berechnen muß, umgehen kann.

Es bestehen Industrie- und Gewerbeverbände, auch ein Fabrik- und Gewerbegesetz, auch verschiedene Amtsstellen wären da, um zum Rechten zu sehen und Maßnahmen zu treffen, unsern Mittelstand, soweit er noch besteht, zu erhalten und zu schützen.

Wenn ein Arbeitnehmer in seiner Freizeit einen Garten oder Acker bearbeitet oder auch etwas Vieh oder Kleinvieh hält, um die Ausgaben für den Familienunterhalt dadurch zu reduzieren, so hat bestimmt niemand etwas dagegen einzuwenden. Ich finde es aber unangebracht, durch oben angeführte Machenschaften das Kleingewerbe und den Handel zu schädigen. Ein Kleingewerbetreibender.

lebhaftem Applaus. Man konnte den Eindruck gewinnen, daß in einem gut geführten Verband eine große Kraft steckt, die auf die Entwicklung der liechtensteinischen Wirtschaft einen entscheidenden Einfluß haben kann.

Kollege Felix Hasler aus Ruggell trug ein mit Beifall aufgenommenes Mundartgedicht vor, worauf der Präsident die Versammlung, welche in allen Teilen flott verlaufen war, um 5 Uhr schließen konnte. J. S.

bundener Liechtensteiner, dem dieses Erbe heilig ist. Das bewies sein Appell am Schlusse des Vortrages an die Zuhörerschaft, die seine Schlußworte nicht vergessen wird.

Namens der «Rheinmark» dankte Dr. med. David Büchel dem Referenten für seine inhaltsreichen Ausführungen und gab die Versicherung ab, daß die «Rheinmark» seinen Appell nicht überhören werde und ihn als Verpflichtung für die Zukunft betrachte.

In der anschließenden Diskussion, die rege benützt wurde, nahm der Referent noch zu verschiedenen interessanten Fragen Stellung. — Es war ein guter Gedanke der Veranstalter, dieses Referat auf Tonband aufzunehmen, nachdem der Referent seine Ausführungen frei vortrug. Das Referat verdient es wirklich, daß es nicht nur ins Archiv wandert, sondern vor al-